



**03.05.2020**

Prof. Dr. Heribert Hirte MdB  
Aachener Straße 227  
50931 Köln

## **Neustart unserer Wirtschaft nach Covid-19**

Sehr geehrter Herr Professor Hirte,

Covid-19 hat uns in sehr dramatischer Weise gezeigt, wie exponentielle Ereignisse uns massiv treffen.

Die Steigerung der jährlichen globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu bremsen, zu stoppen und umzukehren ist eine genauso dringende Aufgabe, wie die Zahl der Infektionen pro Tag zu begrenzen, um das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Die Coronakrise ist wie die Klimakrise in Zeitraffer.

Die Leopoldina Akademie ruft in Ihrer Stellungnahme „Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden“ wegen der bedrohlichen Klima- und Biodiversitätskrise ebenfalls zu „flattenthe curve“ auf. Es dürfe keine Wiederherstellung des vorherigen Status geben. Eine Post-Covid-19-Strukturpolitik müsste vorrangig Gesundheits-, Klima- und Ökosystemschutzaspekte berücksichtigen. Bei den Kosten müssten endlich Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschäden berücksichtigt werden.

Der Neustart unserer Wirtschaft nach Covid-19 ist von entscheidender Bedeutung für unsere Region sowie für Europa. Es werden in den nächsten Wochen vom Deutschen Bundestag staatliche Finanzhilfen in Milliardenhöhe verhandelt und verabschiedet.

"Meine Hoffnung ist, dass die Politik auch in der Klimakrise beginnt, den Wissenschaftler\*innen zuzuhören und deren Empfehlungen umsetzt", sagte Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan kürzlich im Interview. Corona habe die Schwächen des derzeitigen ökonomischen Systems enthüllt und es biete die Chance, Dinge grundlegend zu ändern. "Was wir gerade erleben", sagt Morgan, "ist ein Moment für unsere Zukunft".

Eine kürzlich von Ipsos durchgeführte Umfrage unter 14 Ländern zeigt, dass durchschnittlich 65% der Menschen wünschen, dass der Kampf gegen die Klimaerhitzung gegenüber der wirtschaftlichen Erholung Vorrang hat.

Dementsprechend ist von der Politik ein klarer ordnungspolitischer Rahmen zu setzen, damit die Gelder ihre Hebelwirkung für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft entfalten können: Finanzhilfen müssen unabdingbar mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens von 2015 und den Rahmenbedingungen des europäischen Green Deals in Einklang gebracht werden.

Wir möchten dieses Schreiben nutzen, um folgende Fragen an Sie zu richten:

Der renommierte Verfassungsjurist Thomas Schomerus von der Universität Lüneburg veröffentlichte vor kurzem den Aufsatz „Corona und Klima – Krise als Chance“. Darin stellte er klar: „Infektions- und Klimaschutz dienen verschiedenen, sich teilweise überschneidenden Zielen des Grundgesetzes und der Umsetzung entsprechender staatlicher Schutzpflichten. [...]"

Beide, die Corona- wie die Klimakrise, bedürfen freiheitsbeschränkender Maßnahmen. Je früher und energischer diese festgelegt und umgesetzt werden, desto eher ist der überlebenswichtige Erfolg zu erwarten. [...]

Das Klimaschutzgesetz dient nach dessen § 1 dem „Schutz vor den Auswirkungen des weltweiten Klimawandels die Erfüllung der nationalen Klimaschutzziele sowie die Einhaltung der europäischen Zielvorgaben“, wobei „die ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen“ zu berücksichtigen sind. Hiermit werden die staatlichen Pflichten zum Klimaschutz umgesetzt, die sich vor allem aus Art. 20a GG, aber unter anderem auch aus Art. 2 Abs. 2 GG ergeben. Das Verwaltungsgericht Berlin hat diese Schutzpflichten jüngst in seinem Urteil vom 31. Oktober 2019 bekräftigt.“

Durch massive Finanzierung und Förderung wird der Staat Grundrechtsverpflichteter bei seiner wirtschaftlichen Betätigung gemäß Artikel 14 Absatz 2.

Welche Konsequenzen ergeben sich demnach aus Ihrer Sicht für den staatlich garantierten Lebensschutz nach Artikel 2 Absatz 2 Grundgesetz sowie dem Schutzgebot für die kommende Generation nach Artikel 20a Grundgesetz?

Sind Sie der Ansicht, dass Finanzvergaben wie beispielsweise für die Lufthansa oder die Automobilindustrie mit ordnungspolitischen Leitplanken hinsichtlich des Pariser Klimaschutzabkommens ausgestattet werden müssen? Wie stellen Sie sicher, dass die staatlichen Covid-19-Hilfen sich an Gesundheits-, Klima- und Ökosystemschutz orientieren? Wenn nein warum nicht?

Bei der Earth Day Konferenz 2020 hat *Owen Gaffney* vor rund 370.000 Teilnehmer\*innen das Szenario „resilient economy within the planetary boundaries“ entwickelt, welches als einziges eine Chance auf eine stabile Zukunft böte. Die mit öffentlichen Fördergeldern „Exponential Roadmap 2030“ finanzierte Arbeitsgruppe stellt 36 sofort skalierbare Lösungen in den für die relevanten Handlungsfeldern Industrie, Landwirtschaft, Mobilität, Energie und Gebäude bereit und vernetzt Unternehmen mit innovationsfreudigen Regionen.

Welche der fertigen Lösungen der „Exponential Roadmap 2030“ berücksichtigen Sie nicht bei Ihren Überlegungen vor allem für den Kölner Raum? Mit welcher Begründung?

Wir freuen uns über Ihre Antwort bis zum 8. Mai 12:00 Uhr und hoffen auf Ihren politischen Mut. Wir kennen die Probleme, wir haben viele Lösungen, wir haben das Geld und wir haben die Unternehmen, die die Transformation in eine fossil freie Zukunft schnellst möglich durchführen wollen.

Wir werden sie bei unserer Klimamahnwache mit Kölle for Future, voraussichtlich am 8. Mai um 18:00 Uhr auf dem Heumarkt in Köln ganz oder teilweise öffentlich verlesen.

Da wir leider nicht persönlich nach Berlin kommen können, senden wir Ihnen eines unserer Protestplakate als Bild.

Weiterhin legen wir Ihnen einige Hintergrundinformationen bei.

Die Pressestelle von Parents for Future Deutschland e.V. erhält dieses Schreiben als Kopie.

Wir wünschen einen schönen Earth Overshoot Day und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen

